

Haushaltsrede von Stadtrat Klaus Herrmann für die CDU Gemeinderatsfraktion bei der Generaldebatte zum Haushalt 2013 im Ludwigsburger Gemeinderat am 21. November 2012

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt 2013 wird in einer auf den ersten Blick konjunkturell guten Zeit beraten. Im Haushaltsentwurf finden wir uns in vielem wieder. Deshalb stellen wir auch keine Änderungsanträge in größerem Umfang.

Im Haushalt sind hohe Ausgaben für Bauinvestitionen enthalten. 27,7 Millionen Euro im nächsten Jahr. In diesem Jahr waren es 23,2 Millionen, im letzten Jahr 15,4 Millionen Euro. Und das trotz sehr guter konjunktureller Lage. Das Baugewerbe boomt und hat viele Aufträge. An und für sich sollte sich die Öffentliche Hand antizyklisch verhalten. Wir behalten uns deshalb vor, Maßnahmen, die im Haushalt 2013 enthalten sind, eventuell zu schieben und auf das Jahr 2014 zu übertragen. Beispielsweise werden wir sehr genau prüfen, ob die Innendämmung der Reithalle im nächsten Jahr notwendig ist. Das gilt aber auch für andere Maßnahmen. Wir fordern auch unsere städtischen Gesellschaften auf sich genauso zu verhalten. Wir helfen Handwerk und Mittelstand mehr, wenn wir als Stadt in konjunkturell schlechten Zeiten viel investieren und uns in konjunkturell guten Zeiten zurückhalten. Das kann dann auch für die Stadt im Ergebnis kostengünstiger sein.

Ein weiteres Problem sehen wir in der sehr hohen Rücklagenentnahme von geplant 22,8 Millionen Euro. Diese Rücklage war eigentlich einmal für Straßenbauprojekte reserviert. In den letzten Jahren konnte die Rücklagenentnahme vermieden werden durch die guten Einnahmen. Wir sind auch jetzt der Auffassung, dass wir eine strenge Ausgabendisziplin bei den Bauvorhaben und auch im allgemeinen Bereich halten müssen. Mögliche Mehreinnahmen sollten der Rücklage zufließen.

Wir haben einen Antrag gestellt zum Bahnhof der Zukunft, ein Projekt, das wir dem Grunde nach für richtig halten. Im Haushalt sind 250.000 Euro für diesen Zweck eingestellt. Wir sind allerdings der Meinung, dass erst ein Konzept ausgearbeitet werden, mit den Beteiligten abgestimmt werden und dann erst an eine Verwirklichung gegangen werden soll. Eine Planungsrate in Höhe von 50.000 Euro ist für uns im nächsten Jahr ausreichend.

Bildung und Betreuung bleibt ein Schwerpunkt für die Stadt Ludwigsburg. Der Schulentwicklungsplan wird umgesetzt. Die Kindertagesstätten für Drei- bis Sechsjährige sind in einem guten Zustand. Der U-3-Ausbau geht voran, wenn auch langsam, aber er geht voran. Diese Maßnahmen unterstützen wir. Wir sollten allerdings auch bedenken, dass wenn die Betreuungsquote für unter Dreijährige mit 34 Prozent erreicht ist, es immer noch die Mehrzahl der Familien sind, meistens die Mütter, die ihre Kinder bis drei Jahre zu Hause betreuen. Auch dieser Personenkreis verdient unsere Wertschätzung.

Derzeit wird eine Gebührenerhöhung bei der Ganztagsbetreuung diskutiert. Ich will hier klar darauf hinweisen, dass noch keine Beschlüsse gefasst sind. Die CDU Fraktion wartet die Vorlage eines konkreten Vorschlages durch die Verwaltung ab. Wir werden dann sehr genau prüfen, ob und in welchem Umfang die Elternbeiträge für die Ganztagesbetreuung erhöht bzw. eingeführt werden.

Bei den Investitionen im Bildungsbereich ist nicht immer alles wünschenswerte auch notwendig. Wir haben vor kurzem im Gemeinderat die Ganztagesbetreuung in der Gartenstraße 14 beschlossen, mit 3,86 Millionen Euro. Hier wurde in der Beratung auch gesagt, dass man das Projekt auf mögliche Einsparungen noch durchschauen sollte. Beim Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler, das nach der Kostenberechnung 3,04 Millionen Euro kostet, werden wir sehr genau hinschauen, ob alle Vorschläge auch wirklich nötig sind. Heute beraten wir ja noch, dass wir uns künftig externer Beratung bei größeren Bauvorhaben bedienen. Wir versprechen uns davon auch, dass manches Wünschenswerte nicht verwirklicht werden muss weil es nicht zwingend notwendig ist.

Wir haben einen weiteren Antrag gestellt zur energetischen Gebäudesanierung. Ein dem Grunde nach richtiges Projekt. Aber wir wollen einen Sperrvermerk anbringen, dass die Mittel erst dann durch den Gemeinderat bzw. durch den Ausschuss freigegeben werden, wenn der Nachweis erbracht ist, dass sich das eingesetzte Kapital auch amortisiert, dass also die Aufwendungen durch Erträge in einem angemessenen Zeitraum gedeckt werden.

Wir haben ein ehrgeiziges Brandschutzprogramm vor, es umfasst insgesamt 2,4 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren. Wir haben hier einen interfraktionellen Antrag von CDU, SPD, Freien Wählern und FPD gestellt, dass ein externer Brandschutzgutachter die vorgeschlagenen Maßnahmen auf die Notwendigkeit überprüfen soll. Das Notwendige halten wir für richtig und unterstützen das auch, das Wünschenswerte lehnen wir ab.

Das Thema Marstall-Center wird im nächsten Jahr ein wichtiges Thema in der Stadt werden. Wir hoffen, dass es endlich losgeht mit der Umgestaltung. Die Stadtverwaltung hat hier sehr gute Vorarbeit geleistet in den letzten Monaten. Für uns hat dieses Projekt hohe Priorität weil es für die Innenstadt, für Handel und Gewerbe wichtig ist. In dem Zusammenhang steht dann auch die Umgestaltung des Umfeldes beim Marstall-Center auf dem Programm. Eine erste Rate ist im nächsten Jahr im Haushalt eingestellt und dann Verpflichtungsermächtigungen für die folgenden Jahre. Das halten wir für richtig. In diesem Zusammenhang sind wir der Meinung, dass die Lindenstraße dann mit saniert werden sollte. Das muss allerdings nicht im nächsten Jahr erfolgen sondern im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Umfelds Marstall-Center.

Die Eberhardstraße ist im ersten Bauabschnitt in den Jahren 2012 und 2013 finanziert. Wir sind der Auffassung, dass es dann mit dem zweiten Bauabschnitt

weitergehen soll. 2013 werden dafür noch keine Kosten anfallen. Wir sind der Meinung, dass in die mittelfristige Finanzplanung, die wir ja nur zur Kenntnis nehmen und nicht beschließen müssen, dieses Projekt für 2014 eingeplant werden sollte.

Die Radwege im Stadtgebiet werden mit 300.000 Euro ausgebaut bzw. neu gebaut. Das ist der gleiche Betrag wie im Jahr 2012. Als Zuschuss ist allerdings null eingestellt. Derzeit wird im Land beraten, dass es deutlich mehr Zuschüsse für Radwege gibt. Wenn vom Land Geld kommt, halten wir eine Steigerung der städtischen Mittel als Komplementärfinanzierung für richtig.

Die Unterhaltung der Grünanlagen ist im Jahr 2013 mit 800.000 Euro veranschlagt, das ist der gleiche Betrag wie 2012. Das sind richtige und gute Maßnahmen. Wir bitten jedoch, dass man ein besonderes Augenmerk auf die Stadteingänge richtet, die quasi Visitenkarten der Stadt sind. Hier ist sicherlich an einen oder anderen Stadteingang wie z.B. an der Heilbronner Straße noch etwas Verbesserungsbedarf nötig.

Der Fachbereich Stadtplanung hat als Jahresziel für das Jahr 2013 die Parkraumbewirtschaftung in der Weststadt angegeben. Die CDU Fraktion ist der Meinung, dass wir erst die Erfahrungen mit der Oststadt abwarten sollten, bevor wir eine Parkraumbewirtschaftung in der Weststadt angehen. Im nächsten Jahr ist mit Sicherheit eine Planung in der Weststadt noch zu früh.

Im Zusammenhang mit der Parkraumbewirtschaftung Oststadt haben wir einen Antrag gestellt, dass wir die Gleichbehandlung erreichen der Mitarbeiter von Betrieben in der Innenstadt und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. In der Oststadt wird künftig das Beschäftigtenticket 25 Euro pro Monat kosten ohne dass man einen gesicherten Parkplatz hat. Der Mitarbeitertarif der PAG, unserer Parkierungsgesellschaft, liegt deutlich höher und städtische Mitarbeiter zahlen 25 Euro für einen gesicherten Parkplatz in der Innenstadt. Wir sind der Meinung, dass die Beschäftigten gleichbehandelt werden sollten.

Der Eigenbetrieb Veranstaltungsmanagement wird zum 1. Januar gegründet. Wir versprechen uns davon ein effizienteres Management der Veranstaltungen in unserer Stadt. Wir erinnern in dem Zusammenhang an unseren Antrag vom 2. Juli 2012, Vorlagennummer 309/12, wo wir die Verwaltung beauftragen, unmittelbar nach der Sommerpause mit den Vorständen der Ludwigsburger Vereine, die sich am Marktplatzfest und an Stadtteilfesten beteiligen, zu sprechen, um die weitere Entwicklung des Marktplatzfestes und der Stadtteilfeste zu beraten. Wir hören immer wieder, dass es zahlreiche zusätzliche Belastungen für die Festveranstalter gibt, nicht nur durch externe, sondern auch durch höhere Auflagen der Stadt. Wir halten diese Feste, die mit großem Engagement von vielen ehrenamtlichen Helfern organisiert werden für wichtige Veranstaltungen für das bürgerschaftliche Miteinander. Wir sind deshalb der Meinung, dass eine frühzeitige Diskussion mit den

Beteiligten angestoßen werden muss um auch künftig diese Vereinsfeste in Ludwigsburg zu erhalten.

Die Umlagen an Kreis und Region sind 2013 moderat. Der Landkreis hat die Kreisumlage von 36,5 auf 33 Punkte gesenkt. Trotzdem steigt durch die guten Steuereinnahmen die Zuweisung von der Stadt an den Landkreis an. Die Regionalumlage sinkt sogar von 475.000 auf 460.000 Euro. Ich möchte das ausdrücklich erwähnen, denn wenn die Umlagen steigen, wird das meistens kritisiert. Wenn sie einmal sinken, sollte man das positiv erwähnen.

Eine große Entlastung für den Stadthaushalt bringt auch die Grundsicherung im Alter, die von der sehr kommunalfreundlichen Politik der Bundesregierung vor zwei Jahren beschlossen wurde. Die Landkreise bekommen hier jedes Jahr mehr Mittel. Das Geld vom Bund spart uns nächstes Jahr zwei Punkte Kreisumlage ein. Wäre das nicht, müssten wir 2,3 Millionen Euro mehr an den Landkreis überweisen, also eine deutliche Einsparung in diesem Bereich. Wir bekommen auch vom Land mehr Mittel, allerdings ist der Unterschied der, dass das Land die Kommunen finanziell besser ausstattet und dafür mächtig Schulden macht, während der Bund bei sinkender Neuverschuldung sich kommunalfreundlich verhält.

Die Verwaltung hat im Haushaltsentwurf die Steigerung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer geringer veranschlagt, als von Bund und Land empfohlen. In den Jahren 2013 bis 2015 sind das zusammen 5,6 Millionen Euro weniger als der entsprechende Erlass des Finanzministeriums vorsieht. Das ist eine vorsichtige Veranschlagung. Sollten die Einnahmen allerdings tatsächlich so eingehen, wie von Bund und Land erwartet, gehen wir davon aus, dass mit diesen Mitteln die Rücklagenentnahme reduziert wird und nicht zusätzliche Maßnahmen beschlossen werden.

Die globale Minderausgabe ist im nächsten Jahr wieder im Haushalt enthalten, mit einer Million Euro. Wir sind hier der Meinung, dass das eine Obergrenze darstellt. Die in der Finanzplanung vorgesehene Erhöhung der globalen Minderausgabe in den nächsten Jahren halten wir für falsch. Wir fordern die Verwaltung auf, dass sie sehr bald diese Million konkretisiert. Wir wollen hier Transparenz haben, damit man auch weiß, wo diese globale Minderausgabe konkret erbracht wird.

Einen weiteren Antrag haben wir eingebracht zum Vermessungswesen. Hier gehen die Einnahmen zurück und die Personalausgaben steigen.

Wir haben einen Antrag zur Breitbandversorgung in Ludwigsburg eingereicht. Hier gibt die Stadt Zuschüsse. Wir wollen wissen, nach welchen Kriterien die verteilt werden. Wir halten das für einen wichtigen Standortfaktor.

Wir halten weitere Gewerbeflächen in Ludwigsburg für notwendig, die für Mittelstand und Handwerk wichtig sind und für die Arbeitnehmer in unserer Stadt. Wenn Wohnen

und Arbeiten in der gleichen Stadt möglich ist, spart das Kilometer ein, egal ob auf der Straße oder auf der Schiene. Auch bei den Wohnbauflächen müssen wir weiterhin Flächen ausweisen, damit wir unsere öffentlichen Einrichtungen auch entsprechend auslasten können und weiterhin eine gesunde Altersmischung der Einwohnerschaft haben.

Für uns ist weiter die Entwicklung in der Oststadt wichtig, vom Berliner Platz bis Oßweil. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung bald ihre Vorstellungen uns und damit der Öffentlichkeit vorstellt wie es weitergeht, damit wir inhaltlich, zeitlich und finanziell planen können wie es für Wohnen, Sport und mit der Oststadthalle konkret in der Oststadt weiter geht.

Nun zum Thema Steuern. Die Verwaltung schlägt vor, Steuererhöhungen für das nächste Jahr bei der Grundsteuer und bei der Gewerbesteuer. Wir haben in den letzten Jahren immer gesagt, in erster Linie muss die Verwaltung sparen. Wir sind der Meinung dass vor allem im Verwaltungshaushalt in den letzten Jahren hier in Ludwigsburg in vorbildlicher Weise gespart worden ist. Eine Steuererhöhung, insbesondere eine Gewerbesteuererhöhung, ist nie gut. Aber wir haben seit 15 Haushaltsjahren keine Erhöhung. Die letzte Erhöhung war für das Haushaltsjahr 1998. Wir haben 2001 die Gewerbesteuer gesenkt. Wir haben dreimal die vom Oberbürgermeister ins Gespräch gebrachte Erhöhung der Gewerbesteuer abgelehnt. Obwohl wir derzeit Mehreinnahmen durch die gute Konjunktur zu verzeichnen haben, sind wir in der Fraktion mehrheitlich der Meinung, dass wir in schlechten Zeiten die Betriebe nicht durch eine zusätzliche Gewerbesteuererhöhung belasten sollten. Das haben wir in der Vergangenheit auch nicht getan. Aber in der jetzigen Zeit nach 15 Jahren halten wir eine Gewerbesteuererhöhung mehrheitlich für richtig, ebenso die Erhöhung der beiden Grundsteuern. Wir würden es allerdings sehr begrüßen, wenn die Gewerbesteuer dann wieder auf lange Zeit stabil bleibt. Eine Erhöhung ist auch deshalb richtig und sinnvoll für die Mehrheit unserer Fraktion, weil wir zahlreiche neue Aufgaben in den letzten 15 Jahren bekommen haben. Allein Bildung und Betreuung hat sich vermehrfacht. Wir haben für unter Dreijährige qualifizierte Angebote die es vor 15 Jahren kaum gab. Wir finanzieren Schulsozialarbeit und zahlreiche andere Dinge. Auch das kommt der Wirtschaft in der Stadt Ludwigsburg zu Gute.

Abschließend möchte ich noch betonen, Sport und Kultur werden in der Stadt gut gefördert und unterstützt. Wir haben eine gute Senioren- und Jugendarbeit. Viele Migranten sind gut integriert. Eine engagierte Bürgerschaft beteiligt sich in vielfältigen Formen der Bürgerbeteiligung wie der Zukunftskonferenz, in Vereinen und ehrenamtlichen Initiativen. Es muss allerdings auch klar sein, dass nicht alles Wünschenswerte sofort zu verwirklichen ist. Wir müssen dann auch entsprechende Prioritäten setzen.

Der Haushaltsplan 2013 ist von der Verwaltung mit sehr guten Erläuterungen aufgestellt worden. Hier hat sich vieles verbessert im Vergleich zu den letzten Jahren. Nächstes Jahr werden wir den ersten Haushalt nach der Doppik haben. Das ist für Verwaltung und Gemeinderat eine große Herausforderung. Wir werden uns der stellen.

Ich möchte den Steuerzahlern und allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern für Ihr Engagement danken. Ludwigsburg ist und bleibt eine Vorbildstadt, nicht nur im Kreis, sondern auch darüber hinaus.